* **Leipzig**, 15. October. Man schreibt uns: Die Erörterungen der königl. sächs. Hauptsteuerämter bezügl. der Staffelung der Brausteuer sind auf Veranlassung des königl. Finanzministeriums eingestellt worden.

n. **Leipzig**, 15. October. Der ständige Kyffhäuser-Ausschuß, dem die Vorstände sämmtlicher deutschen Kriegerverbände angehören, und der 1½ Millionen in diesen Verbänden vereinigter ehemaliger Soldaten vertritt, hat sich vor kurzem an den Reichskanzler mit einer Petition gewandt, in der folgende Wünsche zum Ausdruck kommen:

1) Erhöhung der Pensionen der Kriegsinvaliden der Unterclassen. Gleichstellung derjenigen Kriegsinvaliden, welche auf Grund der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 22. Juni 1884 nachträglich anerkannt sind, mit den auf Grund des Gesetzes vom 27. Juni 1871 Invalidisirten. Erhöhung der Vergütung an Kriegsinvaliden der Unterclassen für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines. 2) Fortfall des Ruhens der Pensionen der Kriegsinvaliden der Unterclassen für die im Reichs- und Staatsdienst Angestellten. 3) Erhöhung der Pensionen der durch den Krieg zu Wittwen Gewordenen. 4) Ausdehnung der Reichsbeihülfen an erwerbsunfähige und unterstützungsbedürftige Veteranen. 5) Erhaltung der Mittel des Reichsinvalidenfonds lediglich für die durch den Krieg geschädigten Invaliden und Wittwen, und Bereitstellung anderer Mittel, eventuell unter Einführung einer Reichswehrsteuer.

* **Berlin**, 15. October. Auf dem antisemitischen Parteitage zu Nordhausen wandte sich Herr Zimmermann begreiflicher Weise gegen die auch von seinem ehemaligen Fractionsgenossen Dr. Förster bestätigte Behauptung, daß die Mitglieder der „Deutschsocialen Reformpartei" am häufigsten von allen Parteien die Reichstagssitzungen schwänzen. Der deutschsociale Führer rechnete dagegen heraus, daß die „Reformpartei" im Reichstage am besten von allen Parteien vertreten war. Er stützte sich auf die Feststellung, daß von seiner Partei nur drei Abgeordnete viermal und öfter unentschuldigt gefehlt haben. Das ist lediglich ein Kunstgriff. Nach der von der „Konservativen Korresp." gemachten Zusammenstellung von den 15 Namensaufrufen und namentlichen Abstimmungen waren in je einer Sitzung 2, 4, 6 und 7, in vier Sitzungen 8, in drei Sitzungen 9 Reformer anwesend. Kein einziges Mitglied der Antisemiten hat allen 15 Sitzungen beigewohnt; dagegen hat eins 11 von 15 Mal, haben zwei 7 Mal bez. 6 Mal, hat eins 5 Mal und haben vier 4 Mal gefehlt. Es waren also von den 13 Fractionsmitgliedern 10 zusammen an 15 Sitzungstagen nur 92 Mal — durchschnittlich also pro Sitzung 6 Mann, noch nicht die Hälfte der Fraction — anwesend. Ob entschuldigt oder nicht, thut hier nichts zur Sache; die obige Feststellung genügt vollkommen, um die Behauptung, daß die Antisemiten zu dem „Absentismus" im Reichstage verhältnißmäßig am meisten beitragen, aufrecht zu erhalten. Allein auch die thatsächliche Angabe des Herrn Zimmermann ist unrichtig. Unentschuldigt haben an den oben erwähnten 15 Sitzungen zwei Mitglieder der Reformpartei 7 Mal und drei 5 Mal, also nicht drei, sondern fünf antisemitische Abgeordnete mehr als 4 Mal unentschuldigt gefehlt. Das Rechenexempel des Herrn Zimmermann ist also in jeder Hinsicht falsch.

* **Berlin**, 15. October. Sieben Jahre Hilfsbremser! Unter dieser Spitzmarke schreibt die klerikale Bonner „Deutsche Reichs-Zeitung":

„Von Zeit zu Zeit ist es gut, den Staat als Arbeitgeber zu betrachten und ihn an seine socialen Pflichten zu erinnern. Am Montag erbeten wir den Eisenbahnschaffner, der unseren Zug bediente, mit den Worten „Herr Schaffner" an. Dieser erwiderte uns, er sei noch nicht Schaffner. „Also Herr Bremser", sagten wir. „Auch das nicht", antwortete er, „ich bin seit sieben Jahren Hilfsbremser, muß aber Schaffnerdienste verrichten." „Wieviel Einkommen haben Sie denn monatlich?" „60 ℳ" „Das ist etwas wenig für einen verheiratheten Mann, der dem Staate schon drei Jahre als Soldat gedient hat." „Jawohl," meinte er bescheiden, „die Gelahr, in der wir täglich leben, wird uns nicht ganz bezahlt." „Warum sind Sie denn so lange Hilfsbremser, warum avanciren Sie nicht zum wirklichen Schaffner, da Sie doch schon lange Schaffnerdienste thun? Haben Sie sich etwas zu Schulden kommen lassen?" „O nein", entgegnete er, „es giebt noch Hilfsbremser, die stehen schon länger im Dienste wie ich. Aber wissen Sie, wenn wir Schaffner werden, dann muß man uns 80 ℳ monatlich bezahlen und je länger man Einen für 60 ℳ haben kann, um so lieber ist es den Herren". Als er unseren forschenden Blick auf seine überaus fadenscheinige Uniform bemerkte, sagte er: „Bei 60 ℳ Gehalt müssen wir uns auch die Uniform noch selbst stellen. Das brauchen die von der Post nicht!" Warum wir das schreiben? Einerseits um zu zeigen, daß der Obolus, den das reisende Publicum den Schaffnern leider nur selten spendet, kein Luxus ist; dann aber auch, weil es uns außerordentlich seltsam vorkommt, daß der Staat, der beständig anderen Arbeitgebern Gesetze macht, um sie zu einer menschenwürdigen Behandlung ihrer Arbeitnehmer zu zwingen, selbst seine unteren Arbeitnehmer so schlecht entlohnt".

Die Berliner „Volksztg." hält es für nöthig, unter Hinweis auf diese Mittheilung an die Adresse der freisinnigen Parlamentarier nachfolgende Mahnung zu richten:

„Jedenfalls ersieht man wieder einmal, wie dringend nöthig es ist, daß den Eisenbahnangestellten Fürsprecher und Retter aus ihrer Noth im preußischen Abgeordnetenhause erstehen."

Wir meinen, daß diese Bemerkung ebensosehr auch auf die übrigen Parteien angewendet werden kann. Hoffentlich lassen diese sich im Laufe der nächsten Tagung die Gelegenheit nicht entgehen, um der niederen Beamten sich anzunehmen und gleichzeitig auf das Mißverhältniß zwischen der Besoldung und den glänzenden Eisenbahn-Einnahmen nachdrücklich hinzuweisen.

Y. **Berlin**, 15. October. (Telegramm.) Zur gestrigen Frühstückstafel bei dem Kaiserpaar hatten der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe und der Stellvertreter des Staatssecretairs des Auswärtigen Amtes Botschafter von Bülow Einladungen erhalten. Am Nachmittag machte der Kaiser einen Spaziergang und verblieb später im Arbeitszimmer. Nach dem heutigen Morgenspaziergange wohnte der Kaiser einem Vorexerciren des Lehr-Infanterie-Bataillons bei. Nachmittags um 5 Uhr gedenken, wie bereits gemeldet, der Kaiser und die Kaiserin die Theilnehmer an der Lepra-Conferenz zu empfangen.

⊙ **Berlin**, 15. October. (Telegramm.) Der **Bundesrath** überwies heute den Gesetz-Entwurf über die Entschädigung der im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochenen Personen dem zuständigen Ausschusse.

⊙ **Berlin**, 15. October. (Telegramm.) In der Universitäts-Aula fand Mittags die feierliche Rectorats-Uebernahme durch Professor **Schmoller** statt. Derselbe leistete den Eid, legte die Insignien an und hielt eine Rede über den Unterschied zwischen der anerkannten Wissenschaft und der Theorie, namentlich auf dem Gebiete der sittlichen Probleme, zumal der Volkswirthschaftslehre.

B. **Berlin**, 15. October. (Privattelegramm.) Die „Berl. Börs.-Ztg." schreibt: „Wie wir erfahren, hat sich in der gestrigen Sitzung des **Kronraths** völlige Uebereinstimmung in Bezug auf die **Militairstrafproceß-Ordnung** ergeben. Eine Abstimmung findet im Kronrath niemals statt, diese soll vielmehr in der alsbald anzuberaumenden Sitzung des Staatsministeriums erfolgen und zugleich die definitive Festlegung der preußischen Stimmen für den Bundesrath, für dessen Plenarsitzung in der nächsten Woche der Ausschußbericht über die Militairstrafproceß-Ordnung auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

C. H. **Berlin**, 15. October. (Privattelegramm.) Der Justizminister hat angeordnet, daß die Vorschriften, betreffend die **Vereinfachung des Geschäftsganges**, fortan auch im Verkehr mit den Reichsbehörden, und, sofern Bedenken nicht entgegenstehen, im Verkehr der Bundesstaaten anzuwenden seien.

— Wie verlautet, beabsichtigt der Kaiser anläßlich der bevorstehenden Enthüllung des Kaiser-Friedrich-Denkmals in Wiesbaden die Kaiserin Friedrich zum Chef des 80. Infanterie-Regiments zu ernennen, dem zugleich die Gardeliesen mit dem Namenszuge der Kaiserin Friedrich auf den Achselklappen verliehen werden sollen.

— In der „Post" lesen wir:

„Als erfreulichstes Resultat des neuesten Besuchs des Reichscommissars in Paris ist zu verzeichnen, das Deutschland von den französischen Ausstellungsbehörden als meistbegünstigte Nation behandelt wird."

Da Deutschland zu Frankreich im Verhältniß der Meistbegünstigung steht, ist es doch das Mindeste, daß es von den französischen Ausstellungsbehörden als „meistbegünstigte Nation" behandelt wird. Wie man das „erfreulichst" finden kann, begreifen wir nicht.

— Die Berliner Polen wollen bereits in nächster Zeit zu den bevorstehenden Reichstagswahlen Stellung nehmen. Das ständige polnische Wahlcomité wird binnen Kurzem zusammentreten und darüber Entscheidung treffen, ob die hiesigen Polen bei der Reichstagswahl, wie in den früheren Jahren, den Centrumscandidaten ihre Stimme geben oder besondere Zählcandidaturen aufstellen sollen.

— Zu dem Proceß wegen Beleidigung des Königs von Belgien schreibt der „Hann. Kour." u. A.: „Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß der Ausgang des Hamburger Processes von großer principieller Bedeutung für die ganze deutsche Presse ist, die gewissermaßen für vogelfrei erklärt wird gegenüber allen ausländischen Regierungen — es heißt im § 103 des Reichsstrafgesetzbuches ausdrücklich: ‚gegen den Landesherrn und die Regierung' —, mit denen das Deutsche Reich das ‚Gegenseitigkeitsverhältniß' betreffend Strafbarkeit der Beleidigung des ‚Landesherrn und der Regierung' eingegangen ist. . . . Man kann nicht entschieden genug protestiren gegen jedes neue Unterfangen, die Urtheilsfreiheit der Presse anzufechten. Die Verurtheilung deutscher Redacteure wegen Beleidigung auswärtiger Herrscher oder Regierungen darf nicht einreißen. Man wende nicht ein, daß es sich im Hamburger Falle um eine Ausnahme gehandelt habe. Wenn es wahr sein sollte, daß dem belgischen Gesandten Baron Greindl von deutscher Seite die Stellung des Strafantrages nahegelegt worden ist, dann muß man in diesem seltsamen Vorgehen den Anfang zu neuem Knebelungsversuchen gegen die Presse erblicken. Wenn aber das Gerücht, die Initiative sei nicht von belgischer Seite ausgegangen, falsch sein sollte, dann erwarten wir ein Dementi im ‚Reichsanzeiger'."

— Das Büreau des „Wahlvereins der Liberalen" hat sich auf Grund der öffentlichen Polemik über die freisinnige Reichstagscandidatur im neuten schleswig-holsteinischen Wahlkreise (Oldenburg-Plön) veranlaßt gesehen, das gesammte Material, soweit es in den Erklärungen der beiden streitenden Theile vorliegt, zusammenzustellen und in einer besonderen kleinen Flugschrift zu publiciren.

— Ausgewiesen aus Berlin wegen anarchistischer Umtriebe wurde der Metallarbeiter Erhard Schlenker.

— Zu einer Protestkundgebung gegen die Verurtheilung Liebknecht's kam es gestern in einer socialdemokratischen Frauenversammlung, in der nachstehende von Frau Lily Braun-Gizycki eingebrachte Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Volksversammlung drückt ihr Bedauern aus über die Entscheidung des Reichsgerichts in der Proceßsache des Genossen Wilhelm Liebknecht. Angesichts des Umstandes, daß ein so energischer, tapferer Vorkämpfer uns für Monate entrissen wird, muß es jedem Genossen und jeder Genossin als heilige Pflicht erscheinen, seine Kraft im Dienste der Partei aufs Aeußerste anzustrengen, um ihn wenigstens einigermaßen zu ersetzen."

* **Danzig**, 14. October. Der Regierungspräsident hat den Danziger Bernsteininteressenten mitgetheilt, Commerzienrath Becker habe dem Handelsministerium die Erklärung abgegeben, er werde die Danziger Filiale veranlassen, Rohbernstein abzugeben.

* **Hamburg**, 15. October. (Telegramm.) Der wegen Beleidigung des Königs der Belgier zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilte Redacteur des „Hamburger Echo", Reinhold Stenzel, ist gegen Stellung einer Caution von 5000 ℳ aus der Haft entlassen worden.

△ **Braunschweig**, 15. October. In der Thronfolgefrage ist ein neues bedeutsames Moment zu verzeichnen, das allerdings Diejenigen, die mit den Beziehungen zwischen Gmunden und Berlin inniger vertraut sind, nicht eben überraschen wird. Während die „besonnenere" Richtung der braunschweigischen Welfen, die durch die vaterländischen Vereinigungen „Brunonia" repräsentirt wird, den Herzog von Cumberland für sich reclamiren und eifrig bestreiten, daß er nach dem hannoverschen Throne trachte, hat jetzt der Cumberländer selbst seine An- und Absicht unzweideutig kundgethan. Auf die Huldigungsschreiben und Telegramme, die er und seine Familie in so überaus reicher Zahl aus Hannover und Braunschweig zugesandt erhält, hat er bisher zwar herzlich gedankt, aber mit diplomatischem Geschicke es stets vermieden, ein Wort von politischer Bedeutung zu erwidern. Von dieser Gepflogenheit hat er jetzt Abstand genommen, indem er einem der unbeugsamsten Mitglieder des hannoverschen Adels, dem Rittmeister a. D. A. von Reden auf Reden, für die Theilnahme, die ihm in dieser schweren und bedeutungsvollen Zeit zu Theil geworden, dankt und wörtlich hinzufügt: „Ich erwidere diese Treue aus warmem Herzen und in dem Bewußtsein, damit eine heilige Pflicht für Mich und Mein Haus zu erfüllen." — Mit dem Verzicht des Herzogs auf Hannover ist es also nichts und deshalb ist auch nicht daran zu denken, daß er den braunschweigischen Thron besteigen werde. In Berlin wird man längst wissen, daß der Herzog nicht auf Hannover verzichten will, und von diesem Gesichtspuncte aus wird man heut die welfische Bewegung in Braunschweig beurtheilen. Daß man es für unvereinbar mit dem Stande eines preußischen Officiers hält, wenn er sich der welfischen Bewegung anschließt, ist selbstverständlich.

* **Hannover**, 14. October. Die „Schaumb.-Lipp. Landesztg." in Bückeburg hatte, wie wir im Sommer berichtet haben, eine Beilage mit einer Empfehlung der braunschweigischen Landeslotterie beigelegt. Von dieser Nummer waren auch einige Blätter in das preußische Staatsgebiet gekommen und der verantwortliche Redacteur Meyer deshalb vom Amtsgericht in Obernkirchen zur Verantwortung gezogen worden. Da der Vertrieb braunschweigischer Loose in Schaumburg-Lippe nicht verboten ist, erfolgte Freisprechung. Bald darauf wurde der Redacteur wegen desselben Vergehens vor demselben Amtsgerichte abermals freigesprochen. Gegen das zweite freisprechende Urtheil erhob die Staatsanwaltschaft Widerspruch und das hiesige Landgericht verurtheilte vorgestern den Redacteur zu 10 ℳ Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens. Als Ort des Gerichtsstandes wurde Obernkirchen angesehen, und in Preußen sei die Verbreitung und Empfehlung auswärtiger Lotterien und ihrer Loose verboten. Gegen das Urtheil ist, wie wir der „Voss. Ztg." entnehmen, sofort an die höhere Instanz appellirt worden. Sollte nicht endlich der Reichstag darauf bestehen, daß nach dem Scheitern der Justiznovelle so gut wie die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafhaft auch die Beschränkung des Gerichtsstandes der Presse auf den Erscheinungsort in einem Sondergesetz geordnet wird?

* **Breslau**, 14. October. Ein Polizeicommissarius hatte es, wie seiner Zeit berichtet wurde, gerügt, daß der Vorsitzende einer socialdemokratischen Versammlung auf kurze Zeit austrat und die Leitung der Versammlung seinem bei der Bureauwahl berufenen Stellvertreter übergab, ohne ihm (dem Commissarius) hiervon zuvor Meldung zu erstatten. Als der Vorsitzende nach seiner Rückkehr dies Verlangen zurückwies, löste der Beamte die Versammlung auf. Hiergegen ward Beschwerde an das Polizeipräsidium erhoben. Von Letzterem ist darauf der Bescheid erfolgt, daß, „ehe noch die Beschwerde eingetroffen, der Beamte auf das Unzulässige seines Vorgehens in der betreffenden Versammlung aufmerksam gemacht worden sei." — Der „Frankf. Ztg." wird von hier berichtet: Obwohl die Untersuchung ergab, daß die Gruben-Katastrophe bei Rosdzin (Oberschlesien) infolge rechtswidrigen Abbaues der Louisenglückgrube entstanden ist und obwohl die meisten Sachverständigen den schwer geschädigten Hausbesitzern günstig ausgesagt haben, vermögen diese keine Entschädigung zu erlangen. Die Pächter und Besitzer der Grube lehnen jede Ersatzleistung auf Grund des lückenhaften Berggesetzes ab. Die Geschädigten wollen nun beim Kaiser ein Bittgesuch einreichen.

♂ **Ratibor**, 14. October. Dem Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Jagdvereins, Herzog von Ratibor, ist vom Minister des Innern mitgetheilt, daß die den staatlichen Forst- und Jagdbeamten durch Verfügung des Landwirthschaftsministers vom 14. Juli gewährte Erweiterung der Befugniß zum Waffengebrauch auch für die privaten Forst- und Jagdschutzbeamten angeordnet ist. — Es bestätigt sich, daß der Kaiser Anfang November in Kuchelna zur Fasanenjagd eintreffen wird. Er hat dort als Gast des Fürsten Lichnowsky schon einmal 1893 an einem Tage 730 Stück Fasanen geschossen.

* **Bamberg**, 14. October. Hier sind zum ersten Male seit Bestehen der Ortskrankencasse die Gewerkschaften gegenüber den vereinigten Nichtsocialisten bei den Wahlen zur Ortskrankencasse unterlegen.

* **Mainz**, 14. October. Ein Schreibgehilfe der Amtsgerichtsschreiberei Namens Ruß, dem das Amt übertragen war, die Ueberführungsstücke der in Untersuchung weilenden Personen zu empfangen und aufzubewahren, hatte vor einem halben Jahre ein Geldtäschchen mit 9 ℳ Inhalt, das als Ueberführungsstück bei einem wegen Unterschlagung Verhafteten diente, sich angeeignet und, um den Unterschleif zu verdecken, die Acten bei Seite geschafft. Der Untersuchungsgefangene blieb, als die Acten von der Bildfläche verschwunden waren, sechs Monate in Vergessenheit, bis sich seine Angehörigen nach seinem Schicksal erkundigten. Bei der Revision kam die verdängnißvolle Betrügerei des Schreibgehilfen an den Tag. (Köln. Ztg.)

* **Stuttgart**, 14. October. In der gestrigen Parteiversammlung der Socialdemokratie wandte sich der Redacteur Keil u. a. gegen eine Aeußerung des „Genossen" Dietz, der gesagt hatte, es sei die Ansicht berechtigt, daß man sich gegen die auswärtigen Feinde gewappnet halten müsse, und es sei nicht gleichgiltig, ob wir in einem eventuellen Kriege mit Rußland oder Frankreich mit den rückständigsten oder mit den besten Waffen ausgerüstet seien. Keil meint, die socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hätten dem preußischen Kriegsminister das verlangte Schweigeversprechen nicht geben dürfen. Auch Redacteur Hildenbrand macht den Abgeordneten daraus einen Vorwurf; die „Genossen" seien nicht gewillt, den Ansichten zu folgen, die in Hamburg von den Abg. Schippel und Auer und hier von Dietz in der Frage des Militarismus ausgesprochen worden seien. Auch sonst wußten die Genossen Manches an dem Hamburger Parteitag auszusetzen. So meinte ein Genosse, sich „ungeschickt auszudrücken", sollte so gewiegten Rednern, wie sie im Namen der Fraction in Hamburg auftraten, nicht vorkommen; auch die Bemerkung (bekanntlich von Bebel), daß mancher der Genossen, wenn er 100 000 ℳ besitze, nicht mehr Socialdemokrat sei, sei jedenfalls ungeschickt. Schließlich wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen:

„Die Socialdemokraten Stuttgarts bedauern einzelne auf dem diesjährigen Parteitag gefallene Aeußerungen, aus denen eine veränderte Stellung der Partei gegenüber dem Militarismus gefolgert werden könnte. Der Standpunct, daß dem heutigen Staat sowohl wie dem in ihm herrschenden Militarismus jeder Beweis des Vertrauens und somit jeder Groschen und jeder Mann zu verweigern sei, soll nach wie vor der Standpunct der Partei bleiben."

* **München**, 15. October. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer bekämpfte der Finanzminister Freiherr von Riedel nachdrücklich den Antrag Dr. Ratzinger's auf völlige Beseitigung der Bodenzinsen und den Antrag Dr. Sigl's auf Einführung einer Classen-Lotterie, um den Ausfall an Bodenzinsen zu decken. Der Minister betonte dabei, daß er an den anderswo bestehenden Classen-Lotterien keine Kritik üben wolle, daß er aber der Einführung einer Classen-Lotterie in Bayern nicht zustimmen könne. Die Betriebskosten einer solchen Lotterie fänden außer dem Verhältniß zum Ertrage. Anfangs sei überhaupt die Ergiebigkeit einer solchen Lotterie zweifelhaft, vor Allem aber würde der Staat das Volk zur Spielleidenschaft erziehen. Anderswo gehe das Bestreben auf Abschaffung der Classen-Lotterie. Wenn man eine Giftpflanze nicht ausrotten könne, so solle man sie zum Mindesten nicht neu einpflanzen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Sigl's abgelehnt. Der Gesetz-Entwurf über die Bodenzinsen und der Antrag Ratzinger wurden einem Ausschusse überwiesen.

Oesterreich-Ungarn.

Obstruction.

* **Wien**, 15. October. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses setzte die Linke die Obstruction durch wiederholte Anträge auf namentliche Abstimmung fort.

* **Prag**, 14. October. „Hlas Naroda" meldet aus Wien: In den Kreisen der Rechten herrscht angesichts des stürmischen Vorgehens der Obstruction die Anschauung vor, daß mit dem gegenwärtigen Parlament nicht weiter zu regieren sein wird. Die Annahme des Ausgleichsprovisoriums werde stark bezweifelt. Die Regierung sei vorbereitet, daß ihr das Ausgleichsprovisorium nicht bewilligt werde.

Iro.

* **Eger**, 15. October. (Telegramm.) In einer von Iro einberufenen Versammlung, der etwa tausend Personen beiwohnten, erklärte Iro, er habe den Ruf: „Sodawasser beim Wimberger" nicht gethan; im gegentheiligen Falle würde er wegen einer so geringfügigen Sache sein Wort nicht verpfänden, um so weniger, als er im Mai bereits denselben Ruf gethan habe. Iro besprach dann die Unzuverlässigkeit des stenographischen Protokolls, das die ihm in den Mund gelegten Worte, nicht aber die Zwischenrufe Gregorig's gebracht habe. Er sei nicht mehr im Abgeordnetenhause erschienen, weil er die Fruchtlosigkeit aller Schritte bei der ihm feindlich gesinnten Mehrheit des Hauses eingesehen habe. Ob er noch des Landtagsmandats würdig sei, überlasse er dem Urtheile seiner Wähler, die er am 23. October zu einer Versammlung einberufe. Iro's Ausführungen wurden mit stürmischen Heilrufen aufgenommen. Nachdem noch Abg. Reiniger gesprochen hatte, wurde Iro das Vertrauen ausgedrückt. (Voss. Ztg.)

Kaiser Wilhelm.

* **Pest**, 15. October. Der deutsche Kaiser hat seinem in Kaschau stationirten 34. Infanterieregiment 333 Ehrenstecke und die Uniform des verstorbenen früheren Inhabers des Regiments übersendet. Aus Anlaß der beiden Geschenke wird am Sonntag eine große militairische Feier veranstaltet. (F. Z.)

Kroatische Unruhen.

* **Agram**, 15. October. (Telegramm.) Nach kroatischen Blättermeldungen sind im Grenzdistrict Gracac ernstliche Unruhen ausgebrochen; eine Compagnie Landwehr wurde dahin entsendet. (Voss. Ztg.)

Frankreich.

Faure's Rede; Polizeipräfect Blanc.

* **Paris**, 15. October. (Telegramm.) Die gemäßigte Presse spricht sich sehr befriedigt aus über die Rede des Präsidenten Faure. Der „Figaro" hebt besonders jene Stelle hervor, in welcher der Präsident von der Verantwortlichkeit des Landes spricht. Die ganze Politik der gemäßigten Partei finde in diesem Worte Ermuthigung für die künftigen Kammerwahlen.

* **Paris**, 15. October. Charles Blanc, der zum Pariser Polizeipräfecten ernannt ist, zählt 40 Jahre; er war zuletzt Vorsteher der Staatspolizeiabtheilung im Ministerium des Innern und vorher jahrelang Generalsecretair der Präfectur. Er begann seine Laufbahn als freier Professor des Verwaltungsrechts der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung. (Voss. Ztg.)

Orient.

Zur Lage.

* **London**, 15. October. (Telegramm.) Die „Times" melden aus Konstantinopel; Seit dem 6. d. Mts. sind keine Truppen nach Thessalien gesandt worden, indessen erwarten vier bedeutende Transporte Befehle, dorthin abzugehen. Das türkische Kriegsministerium erklärt, die thessalischen Bataillone würden vervollständigt, da sie nach der Räumung Thessaliens an der bulgarisch-serbischen Grenze stationirt werden sollen.

* **Konstantinopel**, 15. October. (Telegramm.) Die Petition, welche die Abberufung des bulgarischen Bischofs Sinesius und des Handelsagenten Rizow von Uesküb zum Gegenstand hat, ist von der Pforte abschlägig beschieden worden. Wie verlautet, hat der serbische Bisthumsverweser Firmilianos, der sich bereits auf der Reise nach Uesküb zum Antritte seines Amtes befand, von der Pforte die Weisung erhalten, noch einige Tage in Salonicki zu verweilen, um dort die Verleihung des bulgarischen Bischofs Berats vor Uebernahme seines Amtes abzuwarten.

Die Balkan-Kleinstaaten.

P. **Pest**, 15. October. (Privattelegramm.) Der „Pester Lloyd" bespricht das Interview des „Figaro" mit bulgarischen und serbischen Staatsmännern und weist auf die Rivalität Serbiens und Bulgariens hinsichtlich Macedoniens hin, aus der ersichtlich sei, daß die europäischen Mächte, wenn sie die Balkanvölker auf lange hinaus unschädlich machen wollten, es darauf ankommen lassen könnten, daß die Balkanstaaten, gleich Griechenland, über die Türkei herfallen und sich entweder blutige Köpfe holen oder im Falle eines Sieges sich wegen der Beute gegenseitig zerfleischen. Der Balkanbund, wenn er überhaupt zu Stande käme, würde auf drei Beinen marschiren, von denen eins — Griechenland — krank geschlagen liegt, das zweite — Serbien — bedenklich hinkt und nur das dritte — Bulgarien — scheinbar gesund ist. Er hätte sich gegen die neugekräftigte Türkei, gegen Rumänien und gegen die europäischen Großmächte zu bethätigen, die schlechterdings nicht das Bedürfniß haben, sich durch Bulgarien oder Serbien oder durch beide ein Orientproblem aufzwingen zu lassen. Dieselbe europäische Vorsehung, welche während des Krieges die Kleinen abhielt, blindlings in ihr Verderben zu rennen, wird weiterhin die Abenteuerlustigen von dummen Streichen zurückhalten. Der Glaube, daß durch eine Aussöhnung Rußlands mit Bulgarien der legitime Einfluß Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan verdrängt würde, erwies sich Dank der staatsmännischen Umsicht des Grafen Goluchowsky als irrig. Der Einfluß Rußlands in Bulgarien würde nur in einem mäßigenden — Uebergriffe und Ausschreitungen hintanhaltenden — Sinne bethätigt. Rumänien findet in dem Freundschaftsverhältniß zu Oesterreich-Ungarn Bürgschaften seiner Sicherheit in der Gegenwart und seiner berechtigten Aspirationen in der Zukunft. Zumal seit dem Besuche des Kaisers Franz Josef in Petersburg würden alle interessirten Völkerschaften durch die Empfindung in Schach gehalten, daß Rußland das Freundschaftsverhältniß zu Oesterreich-Ungarn im Interesse des Friedens ungleich höher stellt, als die Trinkgelderfreundschaft der Balkanländer. Das ist zweifellos das Verdienst des Grafen Goluchowsky, der mit unverbrüchlicher Treue gegen den Dreibund vollkommene Loyalität gegen die anderen Mächte verband und dadurch die Friedensziele des Dreibundes kräftig förderte. Der Artikel schließt: Wir haben keinen Grund, die Enthüllungen zu beklagen. Sie demaskiren die unversöhnliche Rivalität der Kleinen und das ehrliche und friedliche Zusammengehen der Großen: zwei werthvolle Bürgschaften für die unseren und den conservativen Interessen der europäischen Culturwelt entsprechende Lösung der Orientfrage.

* **London**, 15. October. (Telegramm.) Der Berichterstatter des „Standard" in Konstantinopel erfährt von angeblich vertrauenswürdiger Seite, daß Bulgarien der Türkei eine Offensiv- und Defensivallianz vorgeschlagen habe, nach der Fürst Ferdinand Generalgouverneur von Rumelien bleiben und dieses Amt in der Familie des Fürsten erblich werden solle. Bulgarien erkenne die völlige Suzeränität des Sultans an, während die Türkei die Integrität Bulgariens gewährleiste. Im Falle eines Krieges müsse die Türkei mit 200 000, Bulgarien mit 100 000 Mann dem anderen Theile zu Hilfe kommen. Es bestehe Grund, anzunehmen, daß über die Präliminarien zu diesem Bündnisse bereits ein Einvernehmen erzielt worden sei.

(Fortsetzung des Textes in der 1. Beilage.)

Auer Gasglühlicht.
Fernspr. 1998. Centralhalle.
Geo. Schneider Nachf.

Sicher ist ein Gewinn
jedem, der sich gegen Einsendung von **10 Mark** von dem **„Lotteriebureau der VII. Internationalen Kunst-Ausstellung in München, Königl. Glaspalast", 10 Loose** à 1 Mark mit **fortlaufenden** Nummern kommen läßt. Bei dieser außerordentlich chancenreichen Lotterie, bei welcher Haupttreffer von **15,000 Mk., 10,000 Mk., 5000 Mk., 3000 Mk., 2000 Mk., 1800 Mk., 1500 Mk.** ꝛc. zur Verloosung kommen, entfallen nämlich auf 200,000 Loose **20,000 Gewinne.** Durch die Ziehung wird bestimmt, welche Nummer durch alle Zehner gewinnt. Wer also 10 Loose mit fortlaufenden Nummern besitzt, ist **mindestens eines Treffers** sicher. Gegen Einsendung von **20 Mark** werden **21 Loose** (1 Freiloos) mit **mindestens 2 Treffern** (garantirt) zugesandt. Einzelne Loose gegen Einsendung von à 1 Mark.
Ziehung am 15. November 1897.
Für Francozusendung (bis zu 10 Loosen in Deutschland 10 Pfennig — Ausland 20 Pfennig) Porto erbeten. Wird die Loos-Sendung „Eingeschrieben" gewünscht, so sind ferner 20 Pfennig — für frankirte Zusendung der Ziehungsliste sofort nach der Ziehung weitere 20 Pfennig beizufügen.
Ausführlicher Prospect mit Gewinnplan auf Wunsch gratis und franco.

Gasglühlicht „Ideal"
A. L. 2274. W. & R. Goebel,
Promenadestr. 2, Ecke Fleischerplatz.
Compl. Gas-Glüh.-Apparate ℳ 3 p. Stück
Prima Glühkörper | Mt. 1 p. Stck.
transportable (in der Tasche zu tragen)
Wiederverkäufer Rabatt.
Gasbrenner, Ringen ꝛc. in großer Auswahl.